

Gegenstand: Beratung der Haushalte 2015 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung

Der Vorsitzende weist einleitend darauf hin, dass Herr Rottmann im Anschluss an die KEF-Sitzungen eine umfangreiche Liste mit Anmerkungen bei der Verwaltung eingereicht hat. Es wurden zwar nicht alle Positionen übernommen, allerdings wurde eine Verbesserung um etwa 100.000 € daraus übernommen. Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Herr Rottmann führt in seinen grundsätzlichen Anmerkungen zum Haushalt aus, dass der Haushaltsentwurf ein deutlich geringeres Minus gegenüber den vergangenen Jahren ausweist, was angesichts deutlicher Stellenmehrungen im Personalbereich bemerkenswert sei. Die (vorläufigen) Rechnungsergebnisse der letzten Jahre waren zudem deutlich besser als die Ansätze, so weisen die Jahre 2012/2013 einen voraussichtlichen Überschuss von knapp 6,5 Mio. € aus, gegenüber 34 Mio. € Defizit im Haushaltsentwurf. Mit der digitalen Bereitstellung der Detailkontenpläne und des vorläufigen Rechnungsergebnisses für alle Ratsmitglieder wurde eine langjährige Forderung der CDU-Fraktion erfüllt. Die Wichtigkeit des Controllings wird unterstrichen. Im Haushalt finden sich Grund- und Kennzahlen zu 15 ausgewählten Produkten (z.B. Musikschule). Ziel muss sein, solche Zahlen für möglichst viele Produkte zur besseren Steuerung durch den Rat vorzugeben. Er kündigt einen Antrag der CDU zur Überarbeitung dieser Zahlen im Haupt- und Stiftungsausschuss nach Vorliegen des Rechnungsergebnisses 2014 an. Daneben sollten für alle Produkte schon jetzt Grundzahlen angegeben werden, z.B. bei Gebäudewirtschaft, Sicherheit und Ordnung, Personal. Für die KEF-Teilnehmerkommunen ist an sich eine Mindestzahl bestimmter Kennzahlen für ein Benchmarking vorgesehen.

Frau Münch-Weinmann äußert ebenfalls Grundsätzliches zum Haushalt. Die Doppik sei grundsätzlich sinnvoll. Allerdings fragt sie nach Möglichkeiten, wie die Genehmigungszeit bei der ADD verkürzt werden könnte. Bündnis 90/Die Grünen erkennen die Bemühungen des OB zur Nacharbeitung der Jahresabschlüsse aus den Vorjahren an. Allerdings sollte der Haushalt einfacher gestaltet und für Ehrenamtliche bzw. BürgerInnen leichter lesbar gemacht werden. Außerdem sollte eine aktive Teilnahme am KEF für alle ermöglicht werden, was sicher Geld sparen hilft. Nachhaltige Investitionen wie das Woogbachtal oder der S-Bahn-Halt Süd müssen auch weiter möglich sein. Sie wendet sich gegen die Rasenmähermethode bei Einschnitten und fordert eine stärkere Berücksichtigung von Genderaspekten. Die Schlüsselzuweisungen haben aus ihrer Sicht enorm zugenommen. Dies wird vom Vorsitzenden anhand der Zahlen relativiert; so seien die Schlüsselzuweisungen 2014 niedriger als im Jahr 2009. Pirmasens hat eine Klage gegen den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) anhängig, weil alle kreisfreien Städte besonders betroffen sind. Zur Dauer der ADD-Genehmigung teilt er mit, dass die gleiche Sachbearbeiterin KEF und Haushaltspläne in Personalunion prüft und eine personelle Unterbesetzung vorliegt.

Aus Sicht der Grünen muss das Ergebnis der Vorjahreszahlen im Haushaltsplan mit aufgenommen werden. Der Personalansatz und Versorgungsaufwendungen fehlen in einer Reihe von Produkten. Der Vorsitzende verweist auf seine Haushaltsrede, wonach einige zahlungsrelevante Daten fehlen, weil die Abrechnungen der PPA erst im Januar/Februar des Folgejahres vorliegen werden. Dabei sind nur die Differenzberechnungen zu verbuchen. Wegen der fehlenden Abschreibungsläufe sind noch keine abschließenden Ergebniszahlen möglich; diese werden voraussichtlich 2017 vorliegen.

Herr Dr. Jung erklärt, dass der Verfassungsgerichtshof das Land zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen verpflichtet hat. Die angeblichen 50 Mio. € Mehrleistungen werden von den Kommunen aber nicht gespürt. Daher klagen verschiedene Gemeinden unterschiedlicher politischer Ausrichtung erneut gegen den KFA.

Herr C. Ableiter weiß aus eigener Haushaltsarbeit, dass sich 80 % der Fragen der Aufsicht auf Differenzen in den Ansätzen beziehen. Eine vernünftige Ratsarbeit ist erst wieder möglich, wenn die Ergebnisrechnungen aus den Vorjahren daneben liegen. Er zitiert aus dem Schreiben der ADD wegen fehlerhafter Unterlagen, die durch die Stadt erst im März vorgelegt wurden und unterschiedliche Darstellungsweisen enthielten. Insoweit spricht er von einer Rekordbearbeitungszeit angesichts dieser Tatsachen. Der Vorsitzende erklärt, die unterschiedliche Darstellungsweise war von der ADD ausdrücklich gewünscht, räumt jedoch ein, dass ein Zahlendreher korrigiert werden musste.

Aus Sicht der SWG-Fraktion formuliert Frau Dr. Kremp folgende Punkte mit Klärungsbedarf:

- Die Personalaufwendungen für die neuen Stellen bei der Feuerwehr sind laut Stellenplan als Beschäftigtenstellen (TVöD) und nicht als Beamte ausgewiesen. Laut Vorsitzendem handelt es sich um 10 genehmigte Stellen, die aus dem Vorjahr übernommen wurden. Bei Beschlussfassung am 17.12. werden diese umgewandelt. Eine Verbeamtung ist nicht vollständig möglich (z.B. wegen Altersgrenze).
- Eine Einzäunung des Speyerlachsees löst laut SWG keine Probleme und ist nicht sinnvoll. Daher sollte der Investitionsansatz mit einem Sperrvermerk versehen werden. Der Zaun kann aus Sicht der Verwaltung allenfalls befrieden und Tätlichkeiten verhindern. Die Maßnahme ist nicht beschlossen, aber hinsichtlich des Auftrags an die Verwaltung sind Mittel zu veranschlagen.
- Bezüglich der Transferaufwendungen für den Nahverkehr wünscht die SWG, die optionalen Bausteine des Busbündels auf den Prüfstand zu bringen (sog. Cura-Linie). Der Ratsbeschluss ist laut Verwaltung für die Dauer des ausgeschriebenen Lizenzvertrages bindend. Ein entsprechender Anpassungsbeschluss würde zusätzliche Zinsleistungen verursachen.
- Zum Ausbau der Hirschstraße fragt die SWG nach einem Zusammenhang mit dem Ausbau der S-Bahn und nach der Kostenbeteiligung für die Anwohner. Die Maßnahme ist laut Verwaltung zurückgestellt und steht frühestens 2017 wieder zur Debatte.

Aus SPD-Sicht formuliert Herr Brandenburger die Anregung, Kenn- oder Vergleichszahlen aus anderen, vergleichbaren Städten mitzuliefern. Seines Wissens haben Bürgerhaushalte überall, wo sie getestet wurden, bei den Kommunen Mehrkosten verursacht und die Haushaltstransparenz nicht gefördert. Als denkbare Vorschläge für eine Mehrung der Einnahmen der Stadt bringt er die Einführung einer Schanksteuer oder die Erhöhung der Start- und Landegebühren des Flugplatzes ins Gespräch. Er erinnert an den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt. Der Vorsitzende verweist auf die Einführung der IKVS-Kennzahlen-Vergleichssoftware, die zukünftig interkommunale Vergleichsringe ermöglichen wird.

Herr C. Ableiter nennt 55.000 € für einen Zaun am Speyerlachsee eine Überraschung. Aus seiner Sicht sind keine Investitionen wegen Streitigkeiten einiger weniger Nachbarn zu tätigen. Die Buslinie zum Cura-Center zeitigt das erwartete Ergebnis und hat den Geruch von Vetterleswirtschaft. Wenn man ein solches Monstrum geschaffen hat, muss man dieses auch beenden können oder Fahrzeuge und Fahrer auf einer anderen Linie einsetzen. Die Einnahmen der SWS fehlen der Stadt zur Haushaltskonsolidierung. Abschließend merkt er zum sich abzeichnenden Beschluss über einen Verzicht auf ein Feuerwehrhaus in Speyer-Nord an, dass der Bau einer Garage mit Sozialräumen sicherlich billiger sei als die Vorhaltung von 9 hauptamtlichen Kräften.

Die kritisierte Buslinie bindet laut Herrn Rottmann auch die Auestraße (und die Quartiersmensa) an. Herr Feiniler regt an, den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD richtig zu lesen. Dieser beinhaltet auch die Schaffung einer Feuerwache Nord. Abschließend gibt Herr Rottmann noch eine Reihe von Anmerkungen zu einigen Haushaltspositionen und fordert, dass sich im Bereich Gebäudewirtschaft die Ansätze näher an den Ist-Zahlen orientieren sollten.

Herr Schütt schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu definieren, die sich mit den Zielvorgaben aus den Vorjahren beschäftigt. Auch er plädiert für eine Verbesserung der Darstellung mit den Ergebnissen der Vorjahre.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2014

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2010
1) Feststellung des Jahresabschlusses
2) Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters, der
Bürgermeisterin und der Beigeordneten
Vorlage: 1388/2014

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. den Jahresabschluss 2010 entsprechend der Vorlage festzustellen – und
2. dem zum 31.12.2010 ausgeschiedenen Oberbürgermeister Werner Schineller, dem zum 28.02.2010 ausgeschiedenen Bürgermeister Hanspeter Brohm, der Bürgermeisterin Monika Kabs sowie den Beigeordneten Frank Scheid und Dr. Wolfgang Böhm für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2010 Entlastung zu erteilen.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2011
1) Feststellung des Jahresabschlusses
2) Entlastung des Oberbürgermeisters, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten
Vorlage: 1389/2014

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Manfred Mussotter übernimmt als Ratsältester die Sitzungsleitung.
Es folgt der Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Wagner.
Es wurde eine risikoorientierte Prüfung durchgeführt, bei der sich vereinzelt Probleme mit der Kontierung und Aktivierung als Folge der Einführung der Doppik zeigten. Das Votum des Ausschusses liegt dem Rat vor.

Herr Oberbürgermeister Eger richtet seinen Dank an das Rechnungsprüfungsamt und den Ausschuss für die geleistete Arbeit.

Beschlussempfehlung:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. den Jahresabschluss 2011 entsprechend der Vorlage festzustellen – und
2. dem am 01.01.2011 ausgeschiedenen Oberbürgermeister Werner Schineller, dem seit 02.01.2011 amtierenden Oberbürgermeister Hansjörg Eger, der Bürgermeisterin Monika Kabs sowie den Beigeordneten Frank Scheid und Dr. Wolfgang Böhm für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2011 Entlastung zu erteilen.

Herr Oberbürgermeister Eger, Frau Bürgermeisterin Kabs und Herr Beigeordneter Scheid haben an Beratung und Beschlussfassung nicht mitgewirkt.

Gegenstand: Zuschlag Linienbündel Rheinpfalz
Vorlage: 1446/2014

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Einleitend begrüßt der Vorsitzende Herrn Dr. Winnes vom Verkehrsverbund Rhein-Neckar. Speyer ist nur ein kleiner, aber entscheidender Bestandteil im Schulbusverkehr Rheinpfalz. Da der vorgegebene Ausschreibungsbetrag nicht erreicht wurde, erhöht sich die Umlage geringfügig. Als Alternative wäre ein neues Ausschreibungsverfahren mit deutlich höheren Kosten notwendig.

Herr Czerny fragt nach der Ursache für die zweite Ausschreibungsrunde, die von Herrn Dr. Winnes nochmals erläutert wird. Weiterhin erkundigen sich Bündnis 90/Die Grünen nach der Beteiligung des Landes an den Beförderungskosten. Diese erfolgt laut Vorsitzendem nur in Form eines Sonderlastenzuschlags bei den Schlüsselzuweisungen (auf Basiswert 1982).

Herr Popescu erkundigt sich nach den Einsparungen beim Personal wegen der neuen Arbeitsverträge als Folge einer europaweiten Ausschreibung. Aus Sicht von Herrn Dr. Winnes ist der künftige Betreiber an den VHV-Tarifvertrag nach dem Tariftreuegesetz LTTG gebunden und bietet dem Fahrpersonal eine Arbeitsplatzgarantie; dies sei immerhin ein höherer Standard als z.B. beim Stadtbusverkehr und auch eine Folge unterschiedlicher Tarifverträge.

Herr C. Ableiter wendet sich kategorisch gegen Lohndumping, das sich auch auf die Sozialausgaben der Stadt auswirkt. Er spricht den Gerechtigkeitsaspekt bezüglich der Vorhaltung von Gymnasialplätzen für den Kreis an, zu dem auch noch die Schülertransportkosten kämen, die die Stadt tragen muss, ohne dass Speyerer Schüler etwas davon hätten

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt den Zuschlag im Linienbündel Rheinpfalz einstimmig zu und beauftragt die Verwaltung, die zur Bestellung des Verkehrs notwendigen Haushaltsmittel einzustellen.

Gegenstand: Neufestsetzung von Grundschulbezirken
Vorlage: 1414/2014

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, bei der zuständigen Schulbehörde die folgende Neuordnung der Schulbezirke der Zeppelinerschule und der Grundschule Im Vogelgesang zu beantragen:

Zeppelinerschule

- Westen: Bahnlinie Speyer – Germersheim bis Schützenstraße, Schützenstraße (stadtauswärts), Obere Langgasse, Gerhart-Hauptmann-Straße
Norden: Josef-Schmitt-Straße (stadteinwärts), südliche Bahnüberführung bis Bahnhofstraße, Bahnhofstraße (stadtauswärts), Hirschgraben, St.- Guido-Stifts-Platz, Armbruststraße, Johannesstraße, Große Himmelsgasse, Domplatz/Edith-Stein-Platz, Nikolausgasse, Sonnengasse bis Speyerbach, Speyerbach
Osten: Rhein
Süden: Umgehungsstraße bis Bahnlinie Speyer-Germersheim.

Grundschule Im Vogelgesang

- Westen: Gemarkungsgrenze bis Bahnlinie Speyer-Germersheim
Norden: Umgehungsstraße bis Rhein.
Osten: Rhein
Süden: Gemarkungsgrenze

Inkrafttreten:

Die Änderungen der Grundschulbezirke Zeppelinerschule und Grundschule Im Vogelgesang treten ab dem Schuljahr 2016/2017 in Kraft.

Gegenstand: **Bebauungsplan Nr. 035 C "Am Priesterseminar"**
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 1 Abs. 3 BauGB
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß
§ 3 Abs.1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und
sonstigen Träger öffentlicher Belange (Scoping) gemäß § 4 Abs.1
BauGB
Vorlage: 1384/2014

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses fasst der Stadtrat einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt Speyer beschließt, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 035 C "Am Priesterseminar" einzuleiten. Das Plangebiet wird dem beigelegten Lageplan entsprechend abgegrenzt.

Mit dem Bebauungsplan Nr. 035 C „Am Priesterseminar“ soll der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 035 „Vogelgesang Neufassung“ in diesem Teilbereich ersetzt werden.

Ziel des Bebauungsplanes ist die Errichtung einer Wohnbaufläche mit Flächenanteilen für Handel und Dienstleistung unter Beibehaltung der Klosterfläche in ihrer Eigenart, Flächengröße und Abgeschlossenheit und dem Erhalt des Priesterseminars mit seinen baulichen Anlagen und Freiflächen.

2. Den vorliegenden städtebaulichen Entwürfen des Planungsbüros BBP Kaiserslautern wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden/TÖB gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB auf Grundlage der vorliegenden Entwürfe durchzuführen und anschließend einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten.

**Gegenstand: Lichtmasterplan im Rahmen der Fördermaßnahme Stadtumbau
Kernstadt Nord: Beschluss über den Entwurf des Lichtmasterplans im
Stadtumbaugebiet Kernstadt Nord
Vorlage: 1386/2014**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass angesichts der Kosten einer solchen Maßnahme auch der energetische Sanierungsaspekt beachtet werden muss. Aus Sicht des Vorsitzenden handelt es sich hierbei nicht um eine ad-hoc-Einmalaktion sondern um den sukzessiven Austausch im Rahmen der planmäßigen Erneuerung der Straßenbeleuchtung.

Herr C. Ableiter spricht die Amortisierung durch den Einsatz von LED-Leuchtmitteln an. Der Vorsitzende verweist auf den Beleuchtungsplan für Schulgebäude, der bereits im Vorjahr gefasst wurde und der eine Amortisation innerhalb von 12 Jahren oder früher durch LED vorsieht.

Herr Czerny findet es bedauerlich, dass die stufenweise Abschaltung des Lichts nicht aufgegriffen wurde. Außerdem erfolgt die Planung nur aus der Vogelperspektive. Als weiteren Punkt spricht er an, dass die Kirchen nicht in der Kernstadt-Nord liegen. Eine Dimmung der Beleuchtung wurde laut Vorsitzendem dargestellt. Zudem erfolgt die Lichtbereitstellung punktueller und wird damit geringer. Die Turmbeleuchtungen geben der Stadtsilhouette ihr Bild und wurden deshalb mit aufgenommen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig den Lichtmasterplan für das Stadtumbaugebiet Kernstadt Nord als Rahmenplanung im Sinne § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB für zukünftige Beleuchtungsmaßnahmen im Stadtumbaugebiet.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 1444/2014

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der SWG-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Ältestenrat:	neu: Elke Sommermeyer für: Martin Roßkopf	-
Aufsichtsrat der GEWO Wohnen GmbH (1.):	neu: Hans-Peter Steigleiter Trifelsstraße 18 für: Martin Roßkopf	-
Ausschuss für Konversion (4.):	neu: Philipp Rumpf (<i>bisher Stv.</i>) für: Martin Roßkopf	neu: Michael Neugebauer Pulvermühlweg 8 für: Philipp Rumpf (<i>jetzt Mitglied</i>)
Ausschuss für Tourismus (5.):	neu: Dr. Sarah Mang Habsburgerstraße 11 für: Martin Roßkopf	neu: Julia Rehberger Landauer Warte 6 für: Fritz Hochreither
Bau- und Planungsausschuss (7.):	neu: Julia Rehberger (<i>bisher Stv.</i>) Landauer Warte 6 für: Martin Roßkopf	neu: Hans-Peter Steigleiter Trifelsstraße 18 für: Julia Rehberger (<i>jetzt Mitglied</i>)
Sportausschuss (21.):	neu: Hans-Peter Steigleiter Trifelsstraße 18 für: Elke Sommermeyer	<i>unverändert</i> (<i>Dr. Wulf Heisel</i>)

Umlegungsausschuss im Vollzug des BauGB (27.):	neu: Rainer Tochtermann Goethestraße 11 für: Martin Roßkopf	<i>unverändert</i> <i>(Michael Neugebauer)</i>
Verkehrsausschuss (27.):	neu: Michael Neugebauer <i>(bisher Stv.)</i> Pulvermühlweg 8 für: Martin Roßkopf	neu: Julia Rehberger Landauer Warte 6 für: Michael Neugebauer <i>(jetzt Mitglied)</i>
Werkausschuss (31.):	<i>unverändert</i> <i>(Alexander Genthner)</i>	neu: Dr. Sarah Mang Habsburgerstraße 11 für: Martin Roßkopf

2. Auf Vorschlag Stadtratsfraktion Die Linke

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Schulträgerausschuss (16.):	<i>unverändert</i> <i>(Adelheid Stark)</i>	neu: Aurel Popescu für: Heide Göbelt
Umweltausschuss (28.):	<i>unverändert</i> <i>(Wolfgang Arndt)</i>	neu: Aurel Popescu für: Heide Göbelt

3. Auf Vorschlag CDU-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Kulturausschuss (13.):	<i>unverändert</i> <i>(Johannes Doerr)</i>	neu: Birgit Tenspolde Obere Langgasse 23 für: Eva-Maria Urban
Seniorenbeirat (17.):	neu: Daoud Hattab <i>(bisher Stv.)</i> Verdistraße 8 für: Manfred Mussotter	neu: Manfred Mussotter für: Daoud Hattab <i>(jetzt Mitglied)</i>

4. Auf Vorschlag des Seniorenbüros / des Seniorenbeirats:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Seniorenbeirat (17.):	zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied (Vereine / Verbände) neu: Arbeiterwohlfahrt (AWO) Klaus Bohn Rheintorstraße 10 67346 Speyer (bisher Stv. Naturfreunde.)	neu: Arbeiterwohlfahrt (AWO) Karl-Heinz Weinmann

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2014

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1445/2014

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2014

5. Sitzung des Stadtrates 11.12.2014 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!